



Kein Nährboden für rassistische Anfeindungen

Mehrere Neonazi-Aufmärsche im August angekündigt/ LINKE: Flüchtlinge schützen!

Nach einer sechswöchigen Pause scheint die extrem rechte Szene in Thüringen ihre Serie von ausländerfeindlichen Aufmärschen in der zweiten Augushälfte fortzusetzen. Anmeldungen liegen bereits für mehrere Städte vor, allein am 17. August sollen drei Neonazi-Demonstrationen in Thüringer Städten stattfinden.

„Dass die Neonazis am 17. August ausgerechnet nach Eisenberg und Suhl mobilisieren, wo die beiden Thüringer Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge ansässig sind, zudem jetzt auch nach Erfurt, stellt einen Versuch dar, an die derzeitigen rassistischen Mobilisierungen anzuknüpfen und dort eine Drohkulisse zu erzeugen, wo vielfach traumatisierte Asylsuchende nach wochen- oder monatelanger Flucht gerade erst angekommen sind“, so Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Die Abgeordnete weist darauf hin, dass am 17. August, dem Todestag von Rudolf Hess, Neonazis klassisch „Rudolf-Hess-Aufmärsche“ veranstalten und davon auszugehen ist, dass das Datum nicht nur bewusst gewählt wurde, sondern Thüringer Neonazis sich einen überregionalen Mobilisierungseffekt und Beteiligung weiterer Neonazi-Gruppierungen erhoffen.

Seit Jahresbeginn fanden bereits 21 Demonstrationen des Thüringer Pegida-Ablegers statt, der zunächst unter

dem Namen „Sügida“ und dann „Thügida“ auftrat, hinzu kamen weitere Aufmärsche neonazistischer Parteien und Kameradschaften.

Für die Veranstaltung in Suhl mobilisiert auch der bekannte Neonazi Tommy Frenck, der im Mai ein Rechtsrock-Konzert mit 1.500 Teilnehmern organisierte. Hinter dem Thüringer Pegida-Ableger stecken eindeutig Angehörige der Neonazi-Szene. Nur einen Monat nach dem geplanten Aufmarsch in Suhl sitzt die Sügida-Anmelderin auf der Anklagebank vor dem Amtsgericht Suhl und muss sich wegen Volksverhetzung verantworten, Verhandlungsbeginn 18.09.2015, 13 Uhr.

Eine weitere Neonazi-Demonstration ist für den 29. August durch den ehemaligen NPD-Landesvorsitzenden Patrick Wieschke gegen eine vermeintliche „Asylflut“ in Eisenach angemeldet.

Aufruf zu zivilgesellschaftlichem Engagement gegen die Aufmärsche

Sabine Berninger, flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, erklärte: „Die rassistischen Aufmärsche geschehen nicht im Namen der Zivilgesellschaft. Diese stellt sich gegen Neonazis, wenn Flüchtlinge bedroht oder rassistische Hetze und Lügen verbreitet werden und lässt sich in ihrem Engagement nicht einschüchtern. Unsere Solidarität mit Schutzsuchenden können Neonazis nicht verhindern.“ Gleichzeitig mahnte die Abgeordnete zur Sensibili-

tät in der Sprache: „Es ist schlimm genug, dass Rassismus Teil der Alltagskultur ist. Wenn jedoch einige Politiker sich einer Rhetorik bedienen, welche sich kaum von der von Rechtspopulisten unterscheidet, können diese durchaus als Stichwortgeber für den Hass auf der Straße und in sozialen Netzwerken fungieren und damit auch den Nährboden für rassistische Anfeindungen bereiten.“

Beide LINKE-Politikerinnen werben für zivilgesellschaftliches Engagement gegen die geplanten Aufmärsche und rufen dazu auf, die Flüchtlinge in den betroffenen Orten zu unterstützen.

Neonazi-Partei „Der Dritte Weg“ in Thüringen aktiv

Das ARD-Politmagazin Report Mainz berichtete am 5. August, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz nun auch vor der neonazistischen Partei „Der Dritte Weg“ und deren Agitation, Gewalttaten gegen Flüchtlinge zu befürchten, gewarnt hat. Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion im Thüringer Landtag, hatte dazu erklärt:

„Immerhin scheint die Behörde nun auch Gefahren zu erkennen, vor denen antifaschistische und zivilgesellschaftliche Initiativen seit vielen Monaten warnen und über die sie publizierten, doch die Erkenntnis kommt leider reichlich spät.“

Fortsetzung Seite 10

KOMMENTIERT:

von Ina Leukefeld

Zwangsverrentung

Es ist eine Schande, dass es durch die Jobcenter so viele Zwangsverrentungen gibt, obwohl bereits im vergangenen Jahr das Sozialgericht in Dresden in einem Urteil festgestellt hat, dass es rechtswidrig sei, SGB-II-Bezieher zur vorzeitigen Beantragung der Altersrente aufzufordern, wenn zuvor die zu erwartende Rentenhöhe nicht ermittelt wurde.

Zwangsverrentung entsteht, wenn Jobcenter Arbeitslosengeld-II-Beziehende ab dem 63. Lebensjahr auffordern, einen Rentenanspruch zu stellen. Kommen sie dieser Aufforderung nicht nach, kann das Jobcenter einen Rententrag stellen – auch gegen ihren Willen. Nur in Ausnahmefällen sind die Betroffenen nicht verpflichtet, die vorgezogene Altersrente in Anspruch zu nehmen.

Die genaue Anzahl ist derzeit nicht bekannt, da die Bundesregierung Zwangsverrentung statistisch nicht erfasst bzw. die Zahlen nicht veröffentlicht. Schätzungen gehen davon aus, dass 2014 rund 65.000 Menschen von einer Zwangsverrentung bedroht waren und die Zahl für 2015 noch höher liegt. Die erzwungene Frühverrentung bedeutet Abschläge auf die Rentenleistungen in Höhe von 0,3 Prozentpunkten im Monat und dies bis zum Lebensende. Die Renten werden auf Dauer bis zu 14,4 Prozent gekürzt, wenn die Rente erst ab 67 voll greift.

Seit Jahren hatte die LINKE gegen die Zwangsverrentungen protestiert, sich für eine Gesetzesänderung eingesetzt und entsprechende Anträge in den Deutschen Bundestag eingebracht. Auch der letzte Antrag Ende Juni scheiterte im zuständigen Ausschuss für Arbeit und Soziales an den Stimmen der Koalitionsmehrheit von CDU/CSU und SPD.

Die Abschaffung der skandalösen Zwangsrente ist längst überfällig. Es ist mir unverständlich, wie die SPD-Bundestagsabgeordneten einen solchen Antrag ablehnen können. Darüber wird auch in Thüringen zu reden sein. B90/DIE GRÜNEN haben den Forderungen der LINKEN zugestimmt.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass meine Fraktion im nächsten Plenum nach der Sommerpause dazu eine Aktuelle Stunde beantragt. Die Betroffenen sollten nicht auf die Zwangsverrentung durch das Jobcenter warten, sondern bereits bei der Aufforderung, einen Rentenanspruch zu stellen, in Widerspruch gehen.

AKTUELL

Volle Unterstützung für Reform-Vorstellungen

„Ministerpräsident Bodo Ramelow hat mit seinen Vorstellungen zur Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform bei uns volle Unterstützung“, erklärte der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Frank Kuschel. Wichtig sei mit Blick auf seinen Vorschlag, künftig acht statt 17 Landkreise zu bilden, insbesondere der Verweis auf den unmittelbaren Zusammenhang von Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform.

„Wir brauchen jetzt Entscheidungen darüber, welche Aufgaben künftig die Landkreise wahrnehmen sollen“, betonte der Abgeordnete. Das beinhaltet auch das von Bodo Ramelow angekündigte Infragestellen des dreistufigen Verwaltungsaufbaus in Thüringen. „Die Kritik der CDU an

den Vorschlägen von Bodo Ramelow ist rückwärtsgewandt und dokumentiert ihre Reformunwilligkeit“, so der Kommunalexperte.

Dass in Thüringen ein so riesiger Handlungsdruck bestehe, habe man jahrelanger CDU-Stillstandspolitik zu verdanken. So wurden „die Entscheidungskompetenzen von Kreistagen stark eingeschränkt und somit neutralisiert. Das ist kein Entfernungsproblem, sondern ein strukturelles. Deshalb muss die Rolle von Kreistagen deutlich erhöht werden, damit das Ausüben eines Kreistagsmandats wieder attraktiv wird. Wir laden die CDU ein, ihre Fehler der letzten Jahre gemeinsam mit uns zu korrigieren und sich aktiv an der Gestaltung der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen zu beteiligen.“

Im Herbst soll es einen ersten Regierungsvorschlag geben. Bodo Ramelow hatte im dpa-Interview gesagt: „Der Sprung in eine moderne Verwaltung ist überfällig. Dazu gehört für mich, die bisherige dreistufige Struktur mit Landesbehörden, Landesverwaltungsamt, 17 Kreisverwaltungen und sechs kreisfreien Städten infrage zu stellen. Wir brauchen eine umfassende Modernisierung. (...) Thüringen ist im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Ländern spät dran mit einer Gebietsreform – das kann auch die Chance sein, eine der bundesweit modernsten Verwaltungen zu schaffen. Mein Diskussionsbeitrag zur Gebietsreform ist die Zahl acht. Ich persönlich kann mir künftig acht statt 17 Kreise vorstellen. Derzeit haben wir vier regionale Planungsregionen.“